

Ja zum Denkzettel für die Regierung - Nein zur FPÖ

# EU: Belogen und Betrogen

Am 13.10. 1996 finden in Österreich die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Propagandaseifenblase der Regierung vor dem Beitritt ist inzwischen geplatzt. Statt neuen Arbeitsplätzen und mehr Geld (Ederer-Tausender) kamen Sparpakete und die höchste Arbeitslosigkeit seit 40 Jahren. Alles spricht dafür, bei den Europawahlen den Stimmzettel zum Denkzettel zu machen. Einen Denkzettel auszuteilen, kann aber sicher nicht bedeuten, die Obersozialabbauer von der Haider-Partie zu unterstützen.

von David Mum  
Landesgruppe  
Niederösterreich

Zum ersten Mal seit der EU-Beitrittsabstimmung vom 12.6.1994 besteht die Möglichkeit, über die Europapolitik der Parteien abzustimmen. Waren vor zwei Jahren fast 2/3 der ÖsterreicherInnen für den Beitritt, so hat sich das Verhältnis heute umgedreht. Eine Koalition, bestehend aus der Bundesregierung, den wichtigsten Interessensvertretungen, dem ORF und den bürgerlichen Medien von Krone bis Standard, rührte damals die Propagandatrommel für die EU.

Reden wir darüber

Wachstumsimpulse, mehr Arbeitsplätze, natürlich keine neuen Steuern in einem Europa, in dem Österreich die soziale Dimension stärkt, wurden versprochen. Das Gegenteil ist eingetreten. Daran ändert auch die jetzige Wiederaufnahme der aus Steuer gelden finanzierten „Reden wir darüber“ - Kampagne nichts.

Protestwahl

Die SPÖ warb mit Inseraten wie „Ja zu Europa. Ja, denn Europa bringt mehr (!) Arbeitsplätze“. Das Wirtschaftsforschungsinstitut veröffentlichte eine Studie über die Folgen des Beitritts, die der Standard am 28.5.94 so vorstelle: „Mehr Arbeitsplätze - höheres Wachstum.“ Das klingt heute angesichts der bis zu 300.000 Arbeitslosen und einer Wachstumsrate

von nicht einmal einem Prozent, ungwollt sehr grotesk. Vranitzky verkündete, „es werde jedenfalls keine neuen Steuern geben.“ Er hat damals argumentiert, daß es durch den Beitritt zu derartigen Wachstumsimpulsen kommt, daß bei den gleichen Steuersätzen das Steueraufkommen so stark steigt, daß damit die Kosten des EU-Beitritts finanziert werden können. Nur blinde Naivität, Nichtbeherrschung des Einmaleins oder bewußte Falschinformation der Bevölkerung können diese Argumentation erklären. Statt europaweitem Wachstum kamen europaweite Sparprogramme. Im Namen der Währungsunion - Stichwort Maastricht - gibt es nicht nur neue Steuern (Energie, Tabak ...), sondern den größten Angriff auf soziale Rechte in der Geschichte der 2. Republik. Von der sozialen Dimension Europas, die die Sozialdemokratie gemeinsam im Europäischen Parlament stärken wollten, hat man seit dem Beitritt nichts mehr gehört, geschweige denn bemerkt. Dieses Schlagwort hat seine Schuldigkeit getan.

Sozialistische LinksPartei / SLP  
Österreichische Sektion des CWL/KAI  
Kaisergasse 14/11; A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
slo@gmx.at



kein Verbot für dieses Produkt. Einmal mehr hat sich die Lobby der Großkonzerne durchgesetzt. Wir verstehen und unterstützen jede/n, der bei diesem Wahlgang einer Regierungspartei die Stimme verweigert. Das trifft gerade auf die SPÖ zu. Sie stellt sich in diesem Wahlgang als DIE Europapartei schlechthin dar. Außer leeren Phrasen hat sie nichts anzubieten.

Die ÖVP, die sich nicht entblödet, Karl Habsburg an Stelle 2 zu nominieren, präsentiert sich damit auch von ihrer reaktionärsten Seite. Europapolitik, das bedeutet bei der ÖVP immer Politik für die Multis, für Auf- und Integration in ein Militärbündnis. Auch gesellschaftspolitisch hat diese Partei ein paar neue Schmankerl: z.B. tritt Habsburg für das patriarchale Familienwahlrecht ein. Die Eltern/der Vater sollen für die Kinder mitwählen.

Die Gefahr, die sich stellt, ist, daß es der FPÖ gelingen wird, sich als einzige relevante Oppositionspartei zu profilieren. Dies umso mehr, als bei den Grünen mit Chorherr die EU-Befürworter immer stärker den Ton angeben. Wenn der Protest mit Slo-

gans wie „Österreich zuerst“ oder „Österreich den Österreichern“ verbunden ist, dann wird er auf rechte, nationalistische Mühlen geleitet. Das zu verhindern, ist die Aufgabe der Linken. Wir wollen nicht Österreich gegen Europa stellen, sondern eine sozialistische Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen gegen die herrschende Politik des Sozialabbau.

Daher sagen wir: Nein zum EU-Bezug, Nein zu Maastricht und Nein zum Europa der Konzerne. Wir sagen aber auch Nein zu jeder rechten und ausländerInnenfeindlichen „Anti-EU“-Politik.

Dies kann man bei den Europawahlen am besten ausdrücken, wenn man eine linke Option, die massiv gegen Sozialabbau auftritt, wählt.

**NEIN zum Europa der Konzerne!**

**JA**

**zum Europa der Arbeitnehmer!**

## Der Standpunkt:

1992 beschloß der Bandstand der Sozialistischen Jugend (SJ) den Ausschluß von fünf Vorfürstensitzern. Am Rande des Bandstands im Juni 1996 drohte sich die Geschichte zu wiederholen.

Urs. hat dieser Schrift 1992 wohl mehr genutzt als geschadet. Die SJ hingegen hat sich damals selbst begrenzt: Man setzte die linke Grundstukturkündigung außer Kraft, stellte politische Gruppenarbeit als Auslaufmodell dar und isolierte sich innerhalb der Linken. Die vielleicht letzte Chance für den Aufbau einer linken Opposition in der SPÖ wurde verunt.

Karl Delfs wurde 1992 SJ-Vorsitzender. Charly war von Beginn an ein Getriebener verschiedener Gruppchen. Seine Wahl verdankte er unter anderem auch seiner Unterstützung der Ausschlüsse. Seine "Erfolge": Ein paar Pressemeldungen. Seine Arbeit: Vor allem ohne aktive Basis. So fielen auch die delfschen "Purzelbäume" fast niemandem auf: Der selber Karl Delfs meinte: Z.B. vor den Wahlen 1995, daß „die SPÖ ein Garant gegen Sozialabbau“ sei. Wenig später sah er sich dann gezwungen gegen das Sparpaket im SPÖ-Bundestag zu stimmen...

Niederösterreich, Kapfenberg, Web: Rähmliche Ausnahmen

Ob es nun in verschiedenen Punkten die SJ-NÖ oder die Arbeit von Geosnlinnen der SJ-Steiermark ist: Ihnen ist es gelungen neue Leute durch eine linke, parteikritische Linie für die SJ anzusprechen. Die SJ-Kapfenberg - zum Beispiel - verteilt nach den Themen tausende Flugblätter, in denen sie das Sparpaket kritisieren und ihren Bruch mit der SPÖ-Führung erklären. Warum hat die SJ so etwas nicht bundesweit zusammengebracht? Eine weitere Ausnahme: Die „SJ-Barricade“, seit Jahren ein Faktor in Web und einer der österreichweit wichtigsten SJ-Gruppen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten: Der Kampf gegen die „braunen Flecken“ und den rechten SPÖ-Bürgermeister Breggarten. Die Barricade hat mit ihrer Arbeit die Zeichen der Zeit richtig erkannt. Und zwar in dem Sinne, daß sozialistische Politik heute immer stärker bedeutet, Bündnisse mit Leuten auch außerhalb der Sozialdemokratie gegen die Linie der SPÖ-Führung einzugehen. Der Konflikt mit der Welser SPÖ-Führung gipfelte in einer offenen Kontrastauforderung der Barricade an Breggarten.

Vor neuen Ausschlüssen?

Mitten in die „Anti-Breggarten-Kampagne“ platzte die Nachricht von geplanten Ausschlüssen und - ohne die Möglichkeit der Stellungnahme (!) - bereits beschlossenen Funktionsverboten. Betroffen: Franz Breiter jun., Ali Kroft und Thomas Rappel. Tatsächlich haben alle drei Genossen seit Jahren die SJ aktiv aufgebaut. Betrieben wird die ganze Aktion von der Führung der SJ-OÖ. 1992 war die SJ-NÖ noch strikt gegen jede „antilinke“ Repression. 1996 ist sie - wie wohl in anderen Fragen auch - auf den „offiziellen“ Kurs umgeschwenkt. Die Bereitschaft der neu gewählten Bundesführung der SJ, eigene Jugendpolitik zu betreiben, wird jedenfalls nicht zuletzt an ihrem Verhalten in dieser Frage maßbar sein.

## Wahlen zum Europaparlament

Resolution der SOV-Bundestellung zu den Europawahlen am 13.10.1996

Mit der Begründung, den Vertrag von Maastricht erfüllen zu müssen, findet in ganz Europa sozialer Kahlstahl statt. Tatsächlich steht das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion da, die Angriffe der Unternehmer auf breite Teile der Bevölkerung europaweit zu koordinieren und trotz Rekordgewinnen Sparpakete durchzudrücken. Eine besonders bedauerliche Rolle spielt dabei die Führung der europäischen Sozialdemokratie und die des von ihr dominierten europäischen Gewerkschaftsbundes. Sie haben sich beide voll und ganz dem Maastricht-Projekt verschrieben. Dem gegenüber hat sich in vielen Ländern - Frankreich, Deutschland, Belgien, Schweden ... - Widerstand gegen diese Politik formiert. In dieser Situation finden in Österreich am 13. Oktober Wahlen zum europäischen Parlament statt. Die SOV nimmt hierzu folgendermaßen Stellung:

1) Seit dem Beitritt Österreichs zur EU hat sich das Stimmungsbild bei ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen zum „Projekt EU“ vollständig gewandelt. Die Wut über den Betrug, die leeren Versprechungen und den Sozial-



von  
John Evers

## Wiener Wahl, 13. Oktober

Am 13. Oktober wird in Wien gewählt. Unwählbar: FPÖ, ÖVP und LIF. Bleiben also SPÖ, Grüne und die „Bewegung Rotes Wien“ (BRW).

von Michi Bonvalot,  
SOV Ortsgruppe Wien-Nord

FPÖ - die Antiprivilegiengruppe? Spitzennominate Pavkovic war selbst jahrelang ein Abschreiber, der sein Beamtengehalt trotz Freistellung bezog. FPÖ - die Arbeitspartei? Haider ruft zum Ausstieg aus dem OGB aus! Die FPÖ will Steuerenkungen für Unternehmen, Einschränkungen der Rechte des Arbeitsinspektors und Senkung der Lohnbenötigungen - also weniger Unternehmerbeiträge für den Sozialtopf. „Reduktion der Beamten innerhalb von 4 Jahren um 15 Prozent“ (!). Das würde real eine Kündigungswelle (Nichtverlängerung der Vertragsverträge) bedeuten. Die Folgen für den Arbeitsdruck der Beamten und auch für die Verwaltung der Stadt wären unabsehbar. Fas alles, was die FPÖ-Programmatik gilt, ist letztlich auch für die ÖVP zutreffend. Und der neue Mann im Wiener VP-Dreamteam - Ernst Wolfgang Marboe - sieht keinen Grund, die FPÖ auszutragen. Auch das LIF, die gewidneten Pflaster, stehen trotz mancher forschtrichtiger Forderungen im AusländerInnen- und Drogenbereich klar auf der Seite des Sozialabbaus. Insgesamt ist und bleibt das LIF der Versuch, forschtrichtige WählerInnenstimmen weiterhin bürgerlich zu binden.

Die „Sozial“demokratie

Den Grünen, die mit Chorherr einen klaren Vertreter der Partei-Rechten zum neuen Vorsitzenden gewählt haben, die Stimme zu geben, würde bedeuten, diesen Rechtsruck mit Stimmen zu belohnen. Im Wahlkampf werden wohl auch noch die

seine oft betonte Freundschaft zum Wirtschaftskammervertreter Netig. Durch ihre Sozialabbaupolitik treibt die SPÖ Haider die Menschen zu. Das Argument „SPÖ wählen verhindert Haider“, hat also höchstens auf



Wer  
hädert  
besser?

letzen linken und sozialen Grundsätze über Bord geworfen: So ist etwa Peter Pilz in der Frage der Ladenöffnungszeiten umgefallen. Doch ihre Stimmen halten sich die Grünen meist sowieso nicht bei Handelsangestellten, sondern in den eher bürgerlichen „Winen Innen“ Wahlkreisen. Trotzdem gibt es bei den Grünen auf Bezirksebene einige Kandidatinnen, die versuchen linke, basisnahe Politik zu vertreten. Diese können in einigen Fällen unterstützungswert sein. Ähnliches gilt für die „Bewegung Rotes Wien“ (BRW). Aus einer guten Idee, nämlich einer linken Bündniswahlkandidatin hat die KPÖ eine verpatzte Chance werden lassen. Da die BRW ist kein Bündnis von Organisationen, sondern ein Zusammenschluß von Einzelpersonen mit der Infrastruktur der KPÖ und weitgehend von ihr geprägte Programmatisierung und Arbeitsmethode. Andere linke Organisationen und Strömungen - wie die SOV - haben in diesen „Bündnissen“ keine Möglichkeit gehabt, sich einzubringen zu können. Es ist unwahrscheinlich, daß es der BRW gelingt, einen linker, linker Kristallisierungswahlkampf weiterhin bürgerlich zu werden.

Die KPÖ ist eine der Hauptantriebskräfte beim Sozialabbau, in der rassistischen AusländerInnen Gesetzgebung. Sie betreibt bürgerliche Politik, und ihre Führung - auch in Wien - ist weit davon entfernt, links zu sein. Häuptl stimmte im Bundesparteitag standhaft für die Sparpakte. Seine Sozialkompetenz beweist er durch

## Europaparlament

ste Priorität hätte. Politisch schlagen wir für ein solches Projekt folgende Punkte vor:

Liste gegen Sozialabbau

1) Die Abhängigkeit und der Kampf gegen Sozialabbau, Privatisierung, Lohnbindung und Massenarbeitslosigkeit steht für uns im Mittelpunkt. Nein zum Maastricht-Konzept! Nein zum Europa der Konzerne!

2) Die SPÖ ist bei diesen Wahlen für uns - wie für viele andere Arbeitnehmer und Jugendliche - unverbesserlich. Sie ist eine eindeutige (wen nicht sogar „die“) Pro-EU-Partei. Sie soll und wird für diese Linie die entsprechende Rechnung am 13. Oktober erbringen. Zudem füllt der Punkt „SPÖ wählen um Haider zu verhindern“ weitgehend weg.

3) Auch die Grünen sind für uns nicht wählbar. Das Manöver, den EU-kritischen Johannes Voggenreiter als Spitzenkandidaten aufzustellen, kann über die gesamte Entwicklung dieser Partei - gerade in der EU-Frage - nicht hinwegtäuschen. Maßgebliche Kräfte wie Van der Bellen und Chorherr sind prinzipiell für Maastricht und tun sich als alternative Sozialabbauherren hervor.

4) Daraus folgt, daß das Projekt eines linken EU-kritischen Wahlbündnisses höch-

ner offenen Liste der KPÖ vorschlägt. Als gemeinsame inhaltliche Grundlage wurde die Störlichtung des oben abgedruckten Vorschlags bezeichnet. Es soll eine Reihe von gemeinsamen Aktionen geziert und Materialien für den Wahlkampf produziert werden, wobei sowohl KPÖ als auch SOV die Möglichkeit haben, während des Wahlkampfes andere Materialien zu eingeschränkten Kosten in eigenen Publikationen und Aktionen einzubringen. Für ein gemeinsames zentrales Plakat wurde der Slogan „International gegen Sozialabbau“ mit den Logos von KPÖ und SOV für gut befunden. Unterschiedliche Auffassungen zu zentralen Fragen - z.B. Neutralität - sollen in gemeinsamen Veranstaltungen offen diskutiert werden. Die SOV-Bundestellung ist der Meilenstein, daß eine gemeinsame Kandidatur auf einer solchen Grundlage ein wichtiger Schritt nach vorn ist, und wird alles um und andere linke EU-kritische Kräfte (EG, Grüne Jugend, SJ, JG, KFV, forschtrichtige Betriebsräte ...) für eine derartige Zusammenarbeit zu gewinnen.

5) Die gesamtsoziale Zusammenarbeit auf der Grundlage des Kampfes gegen die Kapitalinteressen! Weiters treten wir gegen Eurozentrismus, Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ein.

6) Daraus folgt, daß das Projekt eines linken EU-kritischen Wahlbündnisses höch-

## Semperit: Standort Österreich sichern?

Am 18. Juni 1996 veranstaltete die Junge Generation in der SPÖ in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der Semperit-Reifen AG vor dem Traiskirchner Semperitwerk eine Protestveranstaltung unter dem Motto „Standort Österreich sichern!“

von Peter Haumer  
(Betriebsrat/Bereich MBE)

Später beschloß der Bandstand der Sozialistischen Jugend (SJ) den Ausschluß von fünf Vorfürstensitzern. Am Rande des Bandstands im Juni 1996 drohte sich die Geschichte zu wiederholen. Uns hat dieser Schrift 1992 wohl mehr genutzt als geschadet. Die SJ hingegen hat sich damals selbst begrenzt: Man setzte die linke Grundstukturkündigung außer Kraft, stellte politische Gruppenarbeit als Auslaufmodell dar und isolierte sich innerhalb der Linken. Die vielleicht letzte Chance für den Aufbau einer linken Opposition in der SPÖ wurde verunt.

Karl Delfs wurde 1992 SJ-Vorsitzender. Charly war von Beginn an ein Getriebener verschiedener Gruppchen. Seine Wahl verdankte er unter anderem auch seiner Unterstützung der Ausschlüsse. Seine „Erfolge“: Ein paar Pressemeldungen. Seine Arbeit: Vor allem ohne aktive Basis. So fielen auch die delfschen „Purzelbäume“ fast niemandem auf: Der selber Karl Delfs meinte: Z.B. vor den Wahlen 1995, daß „die SPÖ ein Garant gegen Sozialabbau“ sei. Wenig später sah er sich dann gezwungen gegen das Sparpaket im SPÖ-Bundestag zu stimmen...

Niederösterreich, Kapfenberg, Web: Rähmliche Ausnahmen

Ob es nun in verschiedenen Punkten die SJ-NÖ oder die Arbeit von Geosnlinnen der SJ-Steiermark ist: Ihnen ist es gelungen neue Leute durch eine linke, parteikritische Linie für die SJ anzusprechen. Die SJ-Kapfenberg - zum Beispiel - verteilt nach den Themen tausende Flugblätter, in denen sie das Sparpaket kritisieren und ihren Bruch mit der SPÖ-Führung erklären. Warum hat die SJ so etwas nicht bundesweit zusammengebracht? Eine weitere Ausnahme: Die „SJ-Barricade“, seit Jahren ein Faktor in Web und einer der österreichweit wichtigsten SJ-Gruppen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten: Der Kampf gegen die „braunen Flecken“ und den rechten SPÖ-Bürgermeister Breggarten. Die Barricade hat mit ihrer Arbeit die Zeichen der Zeit richtig erkannt. Und zwar in dem Sinne, daß sozialistische Politik heute immer stärker bedeutet, Bündnisse mit Leuten auch außerhalb der Sozialdemokratie gegen die Linie der SPÖ-Führung einzugehen. Der Konflikt mit der Welser SPÖ-Führung gipfelte in einer offenen Kontrastauforderung der Barricade an Breggarten.

Vor neuen Ausschlüssen?

Mitten in die „Anti-Breggarten-Kampagne“ platzte die Nachricht von geplanten Ausschlüssen und - ohne die Möglichkeit der Stellungnahme (!) - bereits beschlossenen Funktionsverboten. Betroffen: Franz Breiter jun., Ali Kroft und Thomas Rappel. Tatsächlich haben alle drei Genossen seit Jahren die SJ aktiv aufgebaut. Betrieben wird die ganze Aktion von der Führung der SJ-OÖ. 1992 war die SJ-NÖ noch strikt gegen jede „antilinke“ Repression. 1996 ist sie - wie wohl in anderen Fragen auch - auf den „offiziellen“ Kurs umgeschwenkt. Die Bereitschaft der neu gewählten Bundesführung der SJ, eigene Jugendpolitik zu betreiben, wird jedenfalls nicht zuletzt an ihrem Verhalten in dieser Frage maßbar sein.

## Umverteilung

Die GPA hat ihre „Umverteilungsbroschüre“ neu aufgelegt. Koll. Martin Panholzer von der GPA-Grundsatzabteilung ist einer der Autoren der Broschüre. „Umverteilung“ ist bei der GPA (313193-215) oder in der SOV-Zentrale erhältlich.

Vorwärts Kollege Panholzer wie ist es zu dieser Broschüre gekommen?

Panholzer: Die Broschüre geht zurück auf eine Partizipationsbroschüre, die wir zusammen mit der Betriebsräte der KPÖ erstellt haben, während die Unternehmer ungeschoren blieben. In den Lohn und Gehaltserhöhung verlieren die Arbeitnehmer natürlich enorm viel, erstens durch die sog. Flexibilisierung, wo z.B. Überstundenzuschläge wegfallen. Und dann gibt es natürlich die eiskalten Erpressungen wie bei Semperit. Insgesamt wird der Anteil der Arbeitnehmer zum Staatshaushalt zahlen immer größer.

V: Wie sieht nun die Einkommensentwicklung konkret aus?

P: Es gab zwar bis in die 90er teilweise Reallohnsteigerungen, dieser Trend geht jetzt aber zurück. Außerdem wird der Druck auf die staatlichen Transverlastungen immer größer. Der Vertrag von Maastricht erzeugt einen enormen Druck staatlicher Sozialleistungen „akzidenz“. Die Unternehmer räumen auch ständig über starke Belastungen und angeblich zu

V: Wie welchen Maßnahmen könnte man an das Geld aus Wirtschaft und Finanzspekulation herankommen?

P: Effektivere Besteuerung des Finanzkapitals also z.B. höhere Kapitalstrafsteuer.

Überlegen wäre auch bei der Erbschaftsteuer anzusetzen. Durch eine sogenannte Einheitswertefreimiete würden man zu einer realistischeren Bewertung der Grundstückswerte kommen.

V: Wie soll die Gewerkschaft eine neue Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen?

P: Am Beispiel Deutschland sieht man wie schnell die Sympathie für die Gewerkschaften wieder steigt wenn die Gewerkschaften gegen Sozialabbau auf die Straße gehen. Auch wenn zwischen dem deutschen und den österreichischen Sparpakt Unterschiede sind, kann man auch für Österreich sagen, daß wir über Gewerkschaften profitieren würden, wenn wir selbstbewußt auftreten würden. Zunehmend wird von Seiten der Unternehmer die Sozialpartnerchaft aufgekündigt, und nicht der Gewerkschaft. Es ist daher die Frage zu stellen ob man die Gewerkschaften in den letzten Jahren fortsetzen kann.

Gewerkschaftsverantwortliche).

Doch auch für diesen Fall gibt es einen sozialpartnerschaftlichen Lösungsansatz, von dem der Traiskirchner SP-Bürgermeister Fritz Knotzer im Rahmen der Kundgebung informierte. Da der Weg des Klassenkampfes unter keinen Umständen eingeschlagen werden darf - bleibt nur die Belegschaft „besser und billiger produzieren“ soll. Soll heißen, sie wird versuchen, mit 20% weniger Belegschaft die gleiche Produktion zu schaffen. So soll der Conti-Vorstand überzeugt werden, daß er doch das Befestiger Werk schließen will. Wenn es nicht gelingt, wird Julius Böhme auf der Protestveranstaltung erreicht werden. Und erreicht wird, dann werden die Belegschaften, die sich auf andere Standorte des Conti-Konzerns versprechen, sich auf Herns Knotzner marktwirtschaftliche Spiele reißen. Nur wenn die Belegschaften aus dem Conti-Konzern aussteigen, wird es möglich, die Gewerkschaften wieder zu vereinen.

Nur, mit all diesen Lösungen ist sie nicht in der Lage, auf die Probleme der Belegschaft und die Betriebsräte einzutreten. Confi hat bereits einstimmig eine entsprechende Resolution verfaßt, die Bereitstellung öffentlicher Mittel vorsieht. Bürgermeister Knotzer spricht von einer halben Mrds. St. der für dieses Projekt schon beisammen haben. Die SOV hat bei dieser Kundgebung mit einem eigenen Flugblatt interve-

niert, indem es dazu heißt: „Von Standpunkt der Conti-AG wäre das Angebot von Fritz Knotzer eine optimale Lösung für den Fall, daß sie das Semperit-Werk schließen will. Denn wie bekannt, kostet ja die Schließung eine riesensumme; so aber würde Conti eine schöne Stange Geld bekommen. (...) Die Semperit-Betriebsräte darf sich auf Herns Knotzner marktwirtschaftliche Spiele reißen. Nur wenn die Belegschaften aus dem Conti-Konzern aussteigen, wird es möglich, die Gewerkschaften wieder zu vereinen.“

Wie Warnstreiks und Betriebsbesetzungen, bei Unnachgiebigkeit von Conti-Vergeschäftsleitung unter Arbeitnehmerkontrolle, können wir vollständig teilen. Doch die internationale Dimension des Problems ist gänzlich vernachlässigt. Trotzdem ist die Intervention der KJ in Schrift an die Räte in die richtige Richtung und sollte ein Anlaß zur Zusammenarbeit, aber auch zur Auseinandersetzung sein, unter dem Motto: „Verteidigen wir die Gewerkschaften!“

Dienst nach Vorschrift?

Gegen personelle und finanzielle Engpassie, mit denen die Post auf die Privatisierung vorbereitet werden soll, gab es am 26. auf fünf Wiener Postämtern „Dienst nach Vorschrift“. Es wurde nur das Notwendige erledigt. Sollte es zu keiner persönlichen Verbesserung kommen, droht die Postgewerkschaft in ganz Wien mit Dienst nach Vorschrift. Leider kommen die Proteste reichlich spät, da bereits ein umfassendes Einsparungskonzept beschlossen ist (Abbau von 7.500 Dienstposten davon 2.000 Kündigungen von Vertragsbediensteten). Leider hat die Proteste im letzten Moment abgeblasen. Nun wirken die aktuellen Proteste bei so manchem Postler etwas unglaublich.

**KIV am Scheideweg**

Der Namenslistenverbund/Konsumenten Interessenvertretung (KIV) arbeitet in der Personalvertretung sowie in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GDG). Bereits seit der letzten Wahl finden heftige Diskussionen der KIV über die Haltung zu „AusländerInnen“. Vertreter der Verkehrsberufe geben ausländerfeindliche Stellungnahmen ab - zuletzt in der KIV-Zeitung für die Hauptgruppe 4. Kurz gesagt: Die HG 1 und 2 der KIV stehen für die wirkliche KIV - die eindeutig antirassistisch ist - und muß jetzt eine Entscheidung treffen, wie man sich gegenüber verhält, die ausländer- und frauendienstlich sind. Die SOV fordert die KIV auf einen klaren Standpunkt zu beziehen und die rechten Tendenzen zu entfernen. Der Schwachpunkt der KIV sind die fehlenden Organisationsstrukturen. Das muß überwunden werden, damit die KIV weiterhin zu ihren Grundzügen steht: Konsequente Personalvertretung, Solidarität, Männlichkeit, demokratische Gewerkschaften und Antirassismus! (Mehr im nächsten Vorwärts!)

Bei einem Besuch lobte der deutsche CSU-Finanzminister die österreichische Steuerpolitik. Österreich ist ein Steuerparadies für Superreiche. Die GPA weiß das und zeigt es in ihrer Broschüre exakt auf. Warum wird das Sparpaket dann mitgetragen (nicht ausreichend!) sozial ausgewogen, warum stimmt Sallmutter dem Sparpaket im SPÖ-Bundestagswahlstandpunkt dem Sparpaket zu? Wir sind eine „Kampforganisation und zunehmend eine gesellschaftspolitische Alternative zu formulieren.“

V: Viele GPA Aktivisten arbeiten auch in der SPÖ wie war da die Resonanz?

P: Ich glaube schon, daß es uns gelungen ist, einen Druck von der SPÖ

# VOR 125 JAHREN: DIE PARISER COMMUNE

*Vor 125 Jahren fand die erste proletarische Revolution in der Geschichte statt. Mit der Errichtung der Pariser Commune übernahm zum ersten Mal die Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht. Über die Ziele der Revolution, ihre Fehler und den Grund ihrer Niederlage berichtet dieser Artikel.*

von Romana Felix,  
Ortgruppe Wien Nord

In den Jahren 1870/71 herrschte Krieg zwischen Frankreich und Deutschland. Napoleon III. und der Großteil der französischen Armee wurden nach vernichtenden Niederlagen bei Sedan und Metz gefangen genommen. Paris war von deutschen Truppen belagert.

Um die Stadt gegen den drohenden Einmarsch der Preußen zu wappnen, wurde die Pariser Nationalgarde reaktiviert. Alle arbeitslosen, waffenfähigen Männer erhielten Uniformen und Waffen der Nationalgarde. Der Mannschaftsbestand wurde darauf aufgestockt, so dass wenige Wochen eine Streitmacht von 134 Bataillonen umfasste. Fast 300.000 Männer standen unter Waffen.

#### Entzündung der Nationalgarde?

Die Masse der Bevölkerung in der belagerten Stadt litt nicht nur unter Nahrungsmangel, sondern auch unter den Folgen eines extrem kalten Winters. Noch schneller als die Essensvorräte ging das Feuerholz zur Neige. Am 28. Januar 1871 schließlich wurde aufgrund der Niederlage der französischen Armee der Waffenstillstand mit Preußen geschlossen. Als Gegenleistung für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln musste der Besiegungsgürtel um Paris vollständig an Preußen übergeben werden.

#### Solidaritätskundgebung für die Pariser Commune in London



den. Ohne diese Festungen aber war Paris nicht mehr zu verteidigen. Der preußische Generalstabschef Moltke bestand darauf, daß neben den regulären Einheiten auch die Pariser Nationalgarde ihre Waffen niederlegen müßte. Jules Favre, der die Verhandlungen in Versailles führte, wies verzweifelt darauf hin, daß allein der Versuch, die Nationalgarde zu entlassen, den sofortigen Sturz der provisorischen Regierung und den Aus-

bruch einer Revolution zur Folge hätte. Bismarck gab ihm daraufhin den zynischen Rat: "So provozieren Sie also einen Aufstand, solange Sie noch eine Armee haben, um ihn dann zu ersticken." Schließlich entschied man sich aber doch darauf, der Nationalgarde ihre Waffen zu belassen. In Frankreich gab es seit dem 2. Februar 1871 zwei Regierungen: Einmal den Comité central der Nationalgarde, einen Zusammenschluß gewählter Delegierter der Nationalgarde, der während der Belagerung entstanden war und sich nun zur einzigen wirklichen Autorität in Paris entwickelte. Zum zweiten die von der Nationalversammlung in Bordeaux installierte Regierung unter Thiers und Favre.

Dieser - burgerlichen - Regierung waren die Waffen in der Hand der Pariser Arbeiter nun ein Dorn im Auge. Vor allem die Kanonen der Nationalgarde, die durch diese Spenden der Bevölkerung finanziert hatte und folglich als ihr Eigentum betrachtete, wurden zum wichtigsten Streitpunkt. Dabei entstehen kanonen keine eigentliche Gefahr dar, waren aber für beide Seiten von symbolischer Werte. Für die Nationalversammlung stellten die Kanonen in der Hand des Volkes einen Unruhefaktor und der gefürchteten sozialistischen Revolution dar. Für die Einwohner von Paris waren diese, durch ihre Spenden finanzierten, Kanonen der stolze Beweis dafür, daß sie durch die deutschen Armeen nicht besiegt worden waren.

Der Staat und seine Organe (Arme, Polizei, Verwaltung) hatten sich in Luft aufgelöst. Das Zentralkomitee der Nationalgarde sah sich nun vor der überwältigenden Aufgabe, die Riesenstadt Paris von einem Augenblick auf den anderen selbst zu regieren und zu verwahren. Was nur vor allem nötig war, war Arbeit, Lohn und Brot, waren energische Maßnahmen, um dem riesigen Elend entgegenzusteuern, das nach wie vor anhielt. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bedurfte es einer gewählten Stadtverwaltung - der republikanischen Commune der Bevölkerung.

#### Die Commune-Wahl

Bereits am 26. März 1871 rief das Zentralkomitee der Nationalgarde zur Commune-Wahl auf. Am 28. März wurde die Commune feierlich proklamiert. In der kurzen Zeit ihres Bestehens, vom 28. März bis zu ihrem blu-

tigen Ende am 22. Mai 1871, schaffte die Commune eine neue Qualität von Staat. Der Staat und seine Funktionen wurden wirklich zu Diensten des Volkes und nicht umgekehrt, wie es bisher der Fall gewesen war.

"Mit der Kommunalen Revolution, die durch die Initiative des Volkes am

Tag begannen, zunächst in einem Abnützungskrieg verwickelt, den auf Seiten der Commune zwei Berufsoffiziere organisierten: General Cluselet, der Kriegsdelegierter der Commune und Louis Rossel, Thiers' "schönste Armee" blieb, obwohl an Anzahl und Ausrüstung überlegen, von den Toren von Paris liegen.

#### Die Herrschenden halten zusammen

Die Situation änderte sich aber, als am 10. Mai 1871 der Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland besiegelt worden war. Der Außenminister Jules Favre bettelte Deutschland die französischen Armeen ab, die seit Sedan und Metz in deutscher Kriegsgefangenschaft saßen und die er jetzt so dringend zur Vernichtung der Commune benötigte. Als Gegenleistung mußte Frankreich nicht nur den Elsass und einen großen Teil von Lothringen abtreten, sondern auch eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Goldfrancs zahlen. Bismarck erklärte sich zu diesem Handel umso bereiter, als auch er die revolutionäre Stimmung in Paris als eine Bedrohung ansah.

Am 1. April sandte Thiers ein Telegramm an die Präfekten der Départements, in dem er voller Stolz verkündete: "Die Versammlung tagt zu Versailles, wo sich eine der schönsten Armeen versammelt, welche Frankreich je besessen hat. Die guten Bürger könnten sich auf beruhigen und auf das Ende eines Kampfes hoffen, der schmerzlich, aber kurz gewesen sein wird."

Thiers hatte damit die Kampfkraft der Communarden mit weitem unterschätzt. Die "schönste Armee" wurde die Commune feierlich proklamiert. In der kurzen Zeit ihres Bestehens, vom 28. März bis zu ihrem blu-

tenzende rotwangiges Geschöpf mit schwarzen Locken, als Marinesoldat gekleidet, harnäckig den ganzen Tag lang." Doch so zäh die Kommunarden kämpften, die Bewaffnung ist unzureichend, die Munition wird knapp. Hinzu kommt Verrat. Das preußische Oberkommando läßt die Versailler Truppen durch seine Linien, verspielt aber den Kommunarden den Weg und ordnet sie an, in die Hände ihrer Mörder zurückzutreten. Im Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind, das revolutionäre Proletariat, kennen preußische Offiziere keinen nationalen Streit. Der Kampf endete am 28. Mai, als die letzten Kommunarden, die noch Widerstand leisteten, auf dem Friedhof Pére-Lachaise niedergemordet wurden. Die Sieger

verblichenen 61 Mandatsträger angehörten, allein das Sagen.

Die Commune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Die Mehrzahl der Stadträte waren naturgemäß Arbeiter oder anerkannte Vertreter der Arbeiterklasse. Die Commune sollte kein parlementarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, sie nahm sowohl die Gesetzgebung als auch den Wohnungsdruck in die Hände. Das Bürgerliche, stehende Heer gab es in der Commune selbstredend nicht. Das Volk trug (in Form der Nationalgarde) selbst das Gewehr. Die Polizei, bisher ein Werkzeug des Staates und somit der bestens klassierten Klasse, wurde nun zum verantwor- tlichen und jederzeit absetzbaren Werkzeug der Commune. Ebenso die Beamtenschaft aller Landes- und Gemeindebehörden. Verteilt auf die Truppen würde es halten können, so hat sie doch in den kurzen Zeitraum zwischen den Wahlen wiederholt die Funktionäre des abwärts erzielten Dienstes Facharbeiterlohn für ihre Tätigkeit. Privilegien und hohe Politikergehälter gab es in der Commune nicht.

#### Das Ende der Commune und ihre Fehler

Auch wenn vorauszusehen war, daß sich die Pariser Commune auf Dauer nicht gehalten hätte, so ist es doch interessant, wie sich offen als wirkungsvolles Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Später zeigte sich, daß die Sorglosigkeit der Commandanten gegenüber der Lügengeschäft der kommunistischen Massenmedien für die Macht der Arbeiterklasse nicht weniger gefährlich war, als die Bajonetten und Kanonen der Bourgeoisie. Entscheidend war wohl auch das Fehlen einer revolutionären Arbeiterpartei. Ohne sie magelte es an einer einheitlichen, zielbewußten Führung.

Dennoch waren die aus heutiger Sicht vielleicht bescheidenen Maßnahmen der Commune für die damalige Epoche revolutionär. Obwohl

die Internationale wurde 1871 von Eugene Pottier, einem Dichter und Kämpfer der Commune unmittelbar nach der Niederlage gegründet.

*Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! Das Recht, wie Glut im Kraterherde, nimmt mit Macht zum Durchbruch drängt. Reinen Tisch macht mit den Bedrängten! Heer der Sklaven wache auf! Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger, alles zu werden strömt zu Hauf.*

*Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht. Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!*

von allen Seiten belagert, hat die Commune doch gezeigt, wozu eine Regierung auch in kurzer Zeit fähig ist, hat sie erst die Fesseln des Kapitals abgestreift.

Die Commune war zwar kein sozialistisches Modell, aber doch eine Vorreiterin einer solchen. Sie war eine Regierung der Arbeiterklasse. Während nach der Französischen Revolution eine herrschende Klasse (der Adel) durch eine andere herrschende Klasse (die Bourgeoisie) abgelöst worden war, lag nun die Macht erstmals in den Händen der Arbeiter. "Die Commune wollte", erklärt Marx, "jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Eigner!"

Friedrich Engels beschreibt am 20. Jahrestag der Commune ihre Bedeutung mit folgenden Worten:

*Der deutsche Phrasist ist neuerdings wieder in heimischen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nur gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Commune an. Das war die Diktatur des Proletariats.*

wüteten grausam unter der Bevölkerung von Paris. Überall in der Stadt, in den Gefängnissen und Kasernen, Parks und Festungsgräben wurden Männer, Frauen und sogar Kinder zusammengetrieben und in Massenhaftungen erbarmungslos ermordet. Mehr als 30.000 Menschen verlieren in wenigen Tagen ihr Leben. Viele von ihnen werden zu Tode gequält. Besonders der Marquis de Galifet, den Clemencau später nur als "Schwein" titulierte, zeichnete sich durch seinen Sadismus und seine besondere Grausamkeit aus. Die herrschende Klasse hatte bewiesen, zu welchen Grenzen sie bereit ist, wenn das Proletariat sich gegen seine Unterdrücker erhebt.

#### Die Dekrete der Commune

Am 30. März schaffte die Commune die Konkurrenz (Herrschende) und die stehende Armee ab und erklärte die Nationalgarde, zu der alle waffenfähigen Männer gehören sollten, für die einzige bewaffnete Macht. So bald wurde der Verkauf der im Mont de Piété deponierten Pfänder eingestellt. Dann wurde die Fälligkeit der Wechsel auf den 15. Juli terminiert; nach diesem Stichtag sollte die Bezahlung in monatlichen Raten über drei Jahre verteilt erfolgen, ohne daß dafür Zinsen anfielen. Schließlich decreierte man, daß die Vermieter auf alle zwischen 15. Oktober 1870 und 15. April 1871 angefallenen Mietrückstände zu verzichten hätten. Ein weiteres Dekret trennt Staat und Kirche. Priester sollten nicht mehr aus Steuermitteln belohnt werden. Die geistlichen Güter gingen in National Eigentum über. Auf dem Gebiet von Bildung und Erziehung entwickelten zahlreiche Organisationen private Pläne für einen obligatorischen kostenlosen Grundschulunterricht, sowie für ein umfassendes System

Erstanfangsunterricht. Die bürgerliche Presse er- schien am Abend des 28. März zu ihrer Konstituierung lediglich 83. Weitere 22 "gemäßigt" Repräsentanten legten nach wenigen Tagen ihr Mandat nieder, um sich auf die Seite der zukünftigen Sieger zu schlagen. Erst danach hatte die Linke, die der

Proklamierung der Pariser Commune am 28. März 1871



#### ZEITAFEL

2. September 1870: Napoleon III. wird in der Festung Sedan gefangen genommen.

4. September 1870: In Paris wird die Republik ausgerufen. Deutschland setzt den Krieg fort.

28. Jänner 1871: Paris schließt einen Waffenstillstand mit Deutschland. Die Nationalgarde überlegt die Waffen nicht nieder.

24. Februar 1871: In Frankreich gibt es zwei Regierungen: das Zentralkomitee der Pariser Nationalgarde und die von der Nationalversammlung installierte burgerliche Regierung.

17. März 1871: Thiers' Versuch, die Waffen der Nationalgarde zu beschlagnahmen, schlägt fehl. Die Soldaten solidarisieren sich mit den Kommunarden. Es kommt zum Aufstand. Die Regierung flieht nach Versailles.

26. März 1871: Das Zentralkomitee der Nationalgarde ruft zur Communewahl auf.

28. März 1871: Auf dem Rathausplatz wird die Commune feierlich proklamiert. Über 200.000 Werktäler jubeln dem neuen gewählten Rat der Commune zu.

1. April 1871: Thiers berichtet den Präfekten der Départements stolz von der großen Armee, die er in Versailles gesammelt hat.

2. April 1871: Thiers scheitert beim Angriff auf Paris.

10. Mai 1871: Friedensvertrag Frankreich und Deutschland. Thiers bittet Bismarck die gefangenen französischen Soldaten ab. Im Gegenzug erhält Deutschland Elsaß-Lothringen sowie eine hohe Kriegsentschädigung.

21. Mai 1871: Thiers' Truppen fallen im Westen von Paris ein.

22. Mai 1871: Der eigentliche Kampf um Paris beginnt. Die preußischen Truppen unterstützen Thiers nach besten Kräften.

28. Mai 1871: Nach langem, zähen Kampf fallen die letzten Kommunarden auf dem Friedhof Pére-Lachaise.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
- 5 Nummern zu ØS 50 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu ØS 100 (inkl. Porto)
- Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
- 5 Nummern zu ØS 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu ØS 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Ich möchte Mitglied der Sozialistischen Offensive VORWÄRTS werden.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungssofie von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern.
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von ØS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Ja zu einer Ausbildungsoffensive. Keine Kürzung im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsknappheit! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verschächer, der Profitwirtschaft.
- Nein zu "Øko"-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schuld mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.

JETZT AKTIV WERDEN!

PSK 8812.733

## VORWÄRTS Jugend und Kultur

# Manchester in Wien

Das "Manchester" im sechsten Wiener Gemeindebezirk sieht sich als Drogenbekämpfungseinrichtung der besonderen Art. Durch Primärprävention, das heißt, den jugendlichen Freiraume zuzugesetzen und durch soziale wie auch durch kulturelle Veranstaltungen will man hier das Abrutschen in die Drogenkriminalität verhindern.

von Markus Zaradnik  
Ortsgruppe Wien-Ost

Für die populistische Bezirks-VP, angeführt von Kurt Pint, ist das "Manchester" ein gefundenes Fressen... Wie schon vor Jahren beim Suchtgiftherberatungszentrum Ganswirt, gegen das Pint sogar eine Demonstration organisierte, sehen sie in jedem Lokal, das sich in irgendeiner Art sozial oder gar alternativ mit Jugendproblemen oder Bedürfnissen auseinander setzt, eine Gefahr. Um dieser Gefahr vorzubeugen, gibt es immer wieder aus der Luft gejagte Vorwürfe und Beschwerden bei Polizei, Feuerwehr, Finanzamt und bei der Baubehörde. Im Gegensatz zu anderen Betrieben wird beim Manchester jeder Grund nur so gesucht, um eine

Betriebsgenehmigung zu unterbinden. Es geht hier ganz offensichtlich nicht um die Erfüllung von Sicherheitsbestimmungen, sondern vielmehr um politische Willkür. Die wichtigste Forderung von Pint, F & Co ist übrigens die Einführung einer speziellen U-Bahn-Polizei.

Mit ähnlichen Problemen wie das Manchester kämpfen auch andere Jugend- und Kulturreinrichtungen, die nicht ganz ins Bild rechter Politiker passen. So hatte etwa das EKH lange Zeit Veranstaltungsverbote aufgrund angeblicher Baumängel, und die Arena sollte nach Ideen der Fjederzeit ihrer Türen für die Polizei öffnen, da sie ja ein Drogenzentrum (Blödsinn!) ist.

Kommerzielle Lokale und Discos, die sich nur die wenigsten

leisten können, dafür aber auch nichts in Frage stellen oder irgendwie von der Norm abweichen, kennen solche Probleme wohl kaum.

Mehr selbstverwaltete Jugendzentren-Nein zu rechter Kulturpolitik!

- Für eine breite Unterstützung von staatlicher Seite für neue Jugend- und Kulturprojekte

Leisten können, dafür aber auch nichts in Frage stellen oder irgendwie von der Norm abweichen, kennen solche Probleme wohl kaum.

Mehr selbstverwaltete Jugendzentren-Nein zu rechter Kulturpolitik!

- Für eine breite Unterstützung von staatlicher Seite für neue Jugend- und Kulturprojekte

Spint Pint?

Von Seiten der offiziellen SchülerInnenvertretung war nur wenig bis gar keine Unterstützung für die aktiven SchülerInnen zu haben. Ihre Aktivitäten beschränkten sich auf Treffen mit verantwortlichen Politikern hinter verschlossenen Türen. Erst am Höhepunkt des StudienInnenstreiks begann die PSO-SchülerInnen (AKS) ihre Packelite mit der ÖVP-nahen SchülerInnenvertretung aufzuweichen und punktuell mit der SAP zusammenzuarbeiten. Über unseren Vorschlag einer linken Liste bei den LandesschülerInnenvertretungswahlen wollte die AKS aber nicht einmal diskutieren. Wir verzichten auf eine Kandidatur, weil wir linke Stimmen nicht spalten wollten und unsere Arbeitschwer-

punkte ohnehin nicht auf Gremienhoherkrei liegen. Im letzten Schuljahr hatte die AKS im AHS-Bereich in Wien genau vier von acht Stimmen in der LSV. Bei den Wahlen, die diesen Juni stattfanden, konnte sie stark dazugewinnen: Sie hat jetzt sieben der acht Sitze. Das Wahlergebnis gibt der AKS die Möglichkeit, aus der fadens LSV eine kämpferische SchülerInnenvertretung zu machen. Dafür müsste sie das Bündnis mit linken, aktiven SchülerInnen - z.B. mit der SAP - suchen.

Unsere Forderungen an eine linke SchülerInnenvertretung sind:

- Mobilisierung gegen jeden Bildungs- und Sozialabbau
- Keine Zusammensetzung mit rechten und konservativen SchülerInnenorganisationen

punkte ohnehin nicht auf Gremienhoherkrei liegen. Im letzten Schuljahr hatte die AKS im AHS-Bereich in Wien genau vier von acht Stimmen in der LSV. Bei den Wahlen, die diesen Juni stattfanden, konnte sie stark dazugewinnen: Sie hat jetzt sieben der acht Sitze. Das Wahlergebnis gibt der AKS die Möglichkeit, aus der fadens LSV eine kämpferische SchülerInnenvertretung zu machen. Dafür müsste sie das Bündnis mit linken, aktiven SchülerInnen - z.B. mit der SAP - suchen.

Unsere Forderungen an eine linke SchülerInnenvertretung sind:

- Mobilisierung gegen jeden Bildungs- und Sozialabbau
- Keine Zusammensetzung mit rechten und konservativen SchülerInnenorganisationen

punkte ohnehin nicht auf Gremienhoherkrei liegen. Im letzten Schuljahr hatte die AKS im AHS-Bereich in Wien genau vier von acht Stimmen in der LSV. Bei den Wahlen, die diesen Juni stattfanden, konnte sie stark dazugewinnen: Sie hat jetzt sieben der acht Sitze. Das Wahlergebnis gibt der AKS die Möglichkeit, aus der fadens LSV eine kämpferische SchülerInnenvertretung zu machen. Dafür müsste sie das Bündnis mit linken, aktiven SchülerInnen - z.B. mit der SAP - suchen.

Unsere Forderungen an eine linke SchülerInnenvertretung sind:

- Mobilisierung gegen jeden Bildungs- und Sozialabbau
- Keine Zusammensetzung mit rechten und konservativen SchülerInnenorganisationen

## ichtige Termine

Frauentagspunkt Teil 2, "Geschichte und Tradition der ArbeiterInnenbewegung"

Landesgruppe Oberösterreich

Der britische Bergarbeiterstreik 84/85

Ortsgruppen Mitte und Süd

Menschenrechte in der Türkei

Landesgruppe Niederösterreich

Rosa Luxemburg

Ortsgruppe Wien Ost

Komm Sparkerl Nr. 32

Ortsgruppe Wien West

Europawahl - für ein Europa der Arbeitnehmer

Ortsgruppe Wien Nord

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren?

Dann komm in einer der Ortsgruppen der SOV.

Oder ruf uns an: 0222/ 597 0 432

W i e n

Ortsgruppe Wien Mitte: jeden Donnerstag 19 Uhr Amerlinghaus 7; Stiftig.8

Ortsgruppe Wien Süden: Juli und August gemeinsam mit der Ortsgruppe Wien Mitte

Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19 Uhr Club International 16; Payerg.14

Ortsgruppe Wien Nord: jeden Freitag 19 Uhr Cafe Spectrum 2, Amrichg.8,8

Ortsgruppe Wien Ost: jeden Montag 19 Uhr 3; Gesteting.14

Gewerkschaftsstammtisch für Juli und August Termine bei der Redaktion erfragen

## Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtbudgets aufgezeigt, den wir erreichen haben.

Gesamtbudget: ØS 120.000,- von Mai bis August '96.

Besonderer Zeitungsverkauf:

Am 18.6. waren die GenossInnen vor den Verkästen von Semperit sie verkauften 22 VORWÄRTS, und 500 Sondernummern waren rasch vertieft.

Nur Privatisierung und Zerschlagung

Info unter:

0222/ 524 63 10

oder: Kaiserstr.14/11

1070 Wien

## Oberösterreich

jeden Samstag 16 Uhr "Hotel Kiew" Stelzhamerstraße/Wels

## Niederösterreich

jeden Donnerstag 18.30 "Orient Grill" Kollmitzgasse 8 Wrt. Neustadt

Infos unter:

0222/ 524 63 10

oder: Kaiserstr.14/11

1070 Wien



# Mexiko: Streik der Lehrer

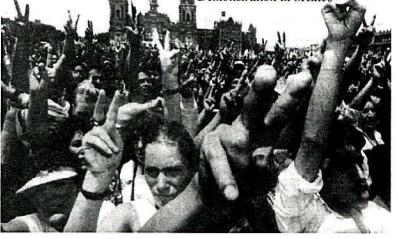
Mexico-City im Mai '96; In den Straßenzügen rund um das Erziehungsministerium verwandelt sich der historische Teil der Metropole in eine Zeltstadt. Tausende Grund- und Sonderschul LehrerInnen und Beschäftigte der Kinderbetreuung campieren hier schon seit Wochen. Wolfgang Flurschütz, SÖV-Ortsgruppe Wien/Ost, führte folgendes Interview mit Companero García und Com. Perez vom CNTE (oppositionelle Lehrergewerkschaft) bei einem Lateinamerikabesuch im Mai.

diesem Protest.

V: Wie sieht es mit Unterstützung anderer Berufsgruppen und der „öffentlichen Meinung“ aus?

P: Obwohl die bürgerlichen Medien gar nicht oder nur negativ von uns berichten, bekommen wir den Rück-

Demonstration in Mexico



halt der Bevölkerung täglich zu spüren, indem sie uns Essen in unserer Zeltunterkünften bringen

G: Aber seit der Demo am 8. Mai sympathisieren auch einige Journalisten dieser Zeitungen mit uns, besonders jene, die von der Polizei verprügelt wurden.

V: Wie schaut es mit dem Organisationsgrad in Eurem Streik aus?

A: Ganz anders ist die offizielle Lehrergewerkschaft, in der jeder im Bildungsbereich Beschäftigt

EU: Nichts läuft nach Plan!



Überwachungssystemen, nichts be- schlossen. Keine der dominierenden Kräfte in der EU hat eine Lösung für die gewaltigen sozialen Probleme.

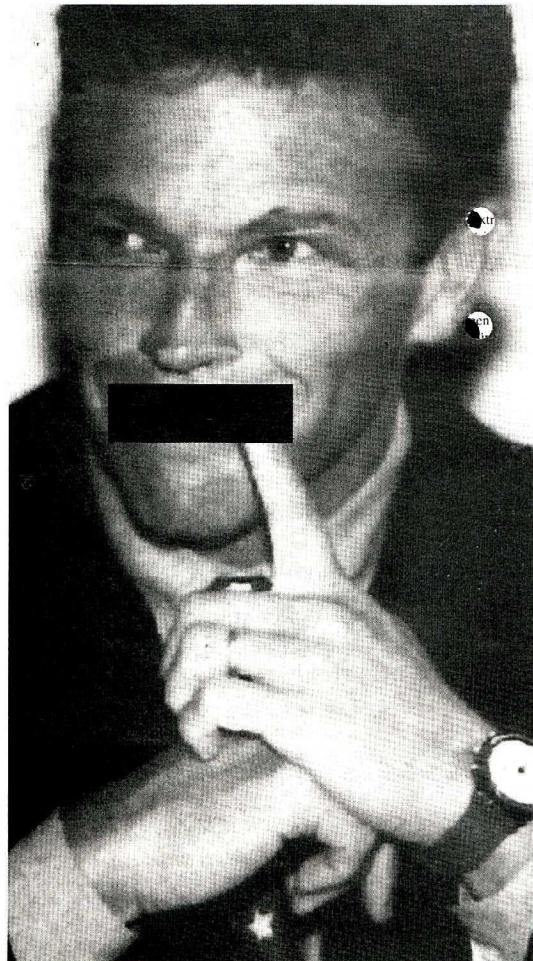
Für ein Europa der ArbeitnehmerInnen!

Die Entwicklungen sowohl in der Wirtschafts- wie der Außen- und "Sicherheits"-Politik zeigen, daß ein Prozeß der Vereinigung Europas auf kapitalistischer Basis nicht möglich ist. Durch den Streik in Frankreich wurde dem EU-Projekt eine gehörige Abreibung verpaßt. Es folgten Gebiete und jetzt Deutschland, in größten EU-Land hält inzwischen eine Mehrheit Streiks gegen die Regierung für notwendig (Focus 24/96: 46% pro 40%-contra). Immerhin ein Fünftel meint, daß ein Generalstreik sinnvoll sei. Widerstand ist also möglich und möglich. Was fehlt, ist eine starke international agierende Kraft der Linken.

Die „Komitee für eine ArbeitnehmerInneninternationale“ wird seine ganze Energiedem Aufbau einer solchen Kraft widmen!

Die Konferenz von Florenz hat auf einer beschäftigungsintensiven Be- reiche nicht zu investieren und einer Vernetzung in den Bereichen Justiz und Inneres.“

# Droht neue Ausländerhetze?



## Wahlrecht für Ausländer!

Wohl auch als Antwort auf die zu befürchtende ausländerfeindliche Hetze im Wiener Wahlkampf hat sich ein überparteiliches Personenkomitee für die sofortige Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer gebildet. Grüne Abgeordnete, sozialdemokratische Gewerkschaftler, DFK-AK-Kammerräte und linke Betriebsräte bilden das Komitee. Für die SOV ist Peter Haumer hier aktiv. Unterstützt wird das Komitee von zahlreichen Organisationen. Folgende Aktivitäten wurden beschlossen: Ein mehrsprachiges Faltblatt, eine Podiumsdiskussion, ein Fest und eine Demonstration. Zentrale Aktion ist die Abhaltung von "Parallelwahlen".

*Im Wiener Wahlkampf zeichnet sich ein Hauptwahlkampfthema ab: Die „Ausländerproblematik“. Sie wird vor allem von der FPÖ als Wählerstimmen bringender Dauerbrenner in den Vordergrund geschoben. Aber auch die SPÖ lässt sich wieder einmal auf einen Wettbewerb auf FPÖ - Niveau ein. Sie will beweisen, daß sie besser und konsequenter gegen Ausländer agieren können.*

### Das „Paket gegen das Gürtelelend“

von Nicole Hofmann  
SOV Wien Süd

Niemand kann es ernstlich überrascht haben, daß die FPÖ die „Ausländerfrage“ zu ihrem Hauptwahlkampfthema erklärt hat. Nach dem der ohnehin sehr restriktive Reformvorschlag für das Aufenthaltsgesetz am Widerstand von F und ÖGB-Führung (!) gescheitert war, versuchte die FPÖ Hochglanzfalter mit Beziehungs schwerpunkt, wobei in einigen Ausländerfeindlichkeit der übelsten Sorte verbreitet wird.

#### Immer noch kein Wahlrecht für AusländerInnen

Seit den 80er Jahren ist die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer Beschußlage der SPÖ. Das wurde jedoch noch immer nicht durchgesetzt. Warum? Eine Begründung wird man von der SPÖ-Führung vergeblich verlangen. Wesentlich offener steht man bei der Diskriminierung schon in Sachen „Gemeindewohnungen“. Bürgermeister Häupl begründet diesen Demokratieentzug mit „demokratischen“ Argumenten: „Die Leute wollen das halt nicht.“

Vielleicht sollte er einmal die ausländischen Menschen fragen. Das ist, als hätte man nach dem Ersten Weltkrieg den Frauen das Wahlrecht verweigert, weil man zuerst die Männer fragen mußte. Häupls Versuch, Minderheitenrechte durch die Mehrheit entscheiden zu lassen, widerspricht jedem echten Demokratieverständnis. Und er überläßt die Meinungsmache dabei noch der FPÖ - die will das nämlich noch nicht.

kann man nicht leugnen, daß es in den Gürtelbezirken das Problem der Versummung und Baufälligkeit gibt. Die Gründe liegen aber sicher nicht bei den ausländischen Mietern selbst. Eines der Probleme war zweifellos die 6 - Monatsmietverträge - Ein Paradies für Spekulanten. Durch die Abschaffung dieser Mietverträge und die Einführung der 3- Jahresverträge hat sich das Problem jedoch nicht wirklich entschärft. Denn jetzt befinden nicht mehr nur Spekulanten, sondern alle Vermieter ihre Verträge. Ausländer erhalten - wie oben erwähnt - keine Gemeindewohnungen. Diese Ballung an Rechtlosigkeit ver setzt Ausländer automatisch in eine sehr schwache Position, in der sie leicht von Miethaien erpresst werden können.

Die Bezirksamter, die Bau- und Gesundheitsbehörden haben nie wirklich Maßnahmen gegen das offen sichtbare Spekulantenunwesen und seine Auswirkungen wie Überbelag, Jahrzehntelang absichtlich verwahrloste Häuser, etc. gesetzt. Auch des Verkehrsproblems in diesen Gegend en hat sich niemand wirklich angenommen. Es wäre also sicher zu begrüßen, wenn endlich wirksame Maßnahmen gesetzt würden, die zu einer Sanierung der Gürtelbezirke führen würden. Allein das scheinen die Bezirksvorsteher nicht vorzu haben.

Dieses „Paket gegen das Gürtelelend“ ist wohl mehr ein Verschleier ihres bisherigen Versagens. Es scheint als rein mediale Wahlpropaganda inszeniert und wird zu keiner Lösung führen, sondern zeigt ganz im Gegenteil die vollkommen falschen Schuldigen.

**Achtung! Wir haben eine neue Telefonnummer: 0222/524 63 10**